

A1NEU Arbeitsprogramm

Gremium: UBDK
Beschlussdatum: 25.02.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Antragstext

1 ROT BEWEGT.

2 Mit dem Arbeitsprogramm legen die Jusos Köln bei ihrer
3 Unterbezirksdelegiertenkonferenz die Agenda der kommenden Amtszeit fest. Es
4 umfasst sowohl inhaltliche Schwerpunkte sowie strukturelle Gegebenheiten, die
5 vom gewählten Juso-Unterbezirksvorstand umgesetzt werden müssen. Über Umsetzung
6 dieses Arbeitsprogramms wird am Ende der Amtszeit Rechenschaft abgelegt.

7 Schwerpunkte:

8 ERHEBT EUCH GENOSS*INNEN!

9 Die Jusos sind die einzige parteipolitische Jugendorganisation in Köln, die in
10 absoluten Mitgliederzahlen wächst. Über diese Entwicklung freuen wir uns sehr,
11 allerdings müssen wir ihr auch gerecht werden. Der JUBV soll künftig
12 Mobilisierung und Mitgliedergewinnung als Querschnittsthemen begreifen und bei
13 all seinen Tätigkeiten mitdenken. Erforderlich dafür ist, dass er vergangene
14 Konflikte aufarbeitet und seine Kommunikation regelmäßig mit dem Ziel der
15 Verbesserung hinterfragt.

16 Zur Mobilisierung bereits gewonnener Mitglieder soll der JUBV Veranstaltungen
17 und Termine langfristig und sorgfältig über alle parteiinternen Kanäle sowie die
18 Website bewerben. Weiterhin sollen abwechselnd Politik- und Feierabende, in der
19 Regel am gewohnten Mittwochabend, veranstaltet werden. Außerdem sollen auch an
20 anderen Wochentagen, wie zum Beispiel am Wochenende, Veranstaltungen
21 stattfinden, um all diejenigen Mitglieder zu erreichen, denen der Mittwochabend
22 nicht gelegen ist.

23 Zur Mitgliedergewinnung verpflichtet sich der JUBV regelmäßig seine Termine und
24 Veranstaltungen sowie Inhalte und Positionen in der Öffentlichkeit zu
25 platzieren. Die direkte Ansprache der Kölner*innen ist hierbei zentral. Im Laufe

26 der Amtszeit soll eine Kampagne zur Mitgliedergewinnung aufgesetzt und
27 durchgeführt werden, welche durch verschiedene inhaltliche Schwerpunkte, ein
28 ansprechendes Design, einfache Sprache und den Juso-Markenkern getragen wird.
29 Des Weiteren sollen künftig Großveranstaltungen wie das Sommercamp oder die
30 Bildungsreise und ihre Häufigkeit einen höheren Stellenwert in der Arbeit des
31 JUBV genießen und offen für Nicht-Mitglieder sein.

32 **STABIL SEIT 1921!**

33 Wir stehen entschieden gegen jegliche Art von Diskriminierung und Faschismus. Ob
34 auf der Keupstraße, in Halle oder Hanau, überall können wir seit Jahren vermehrt
35 faschistische, antisemitische und rassistische Übergriffe, Anschläge und
36 radikale Tendenzen erkennen. Es bleibt eines der zentralen Anliegen des JUBV und
37 der Jusos, der Diskriminierung und dem Faschismus endgültig ein Ende zu setzen.
38 Auch unsere Gesellschaft und vor allem unser Sicherheitssystem, sei es der
39 Verfassungsschutz oder die Polizei, müssen erkennen, dass die Gefahr nur aus
40 einer Richtung kommt und zwar von rechts.

41 Als Antirassistischer und antifaschistischer Verband ist es für uns ein
42 indiskutabler Grundsatz, dass wir uns den in der Gesellschaft verwurzelten
43 Rassismen und Diskriminierungen und dem daraus resultierenden rechten
44 Gedankengut entgegenstellen.

45 **NIEMAND MACHT UNSERE GENOSSINNEN AN!**

46 Wie alle Jahre zuvor, bleibt eines für uns sehr klar: Null-Toleranz gegenüber
47 jedem Sexismus!

48 Als feministischer Richtungsverband ist es unsere Pflicht, uns stetig mit dem
49 Thema Sexismus zu beschäftigen und unseren Verband stark zu machen im Kampf
50 gegen sexistische Strukturen sowie Personen innerhalb unserer Partei. Auch 2023
51 ist uns das Empowerment von Frauen innerhalb sowie außerhalb von
52 Frauennetzwerken wichtig. Der JUBV soll an die geleistete Arbeit des letzten
53 Vorstandes mit der Neugründung des Roten Salon anknüpfen und diese fortführen.
54 In diesem Zusammenhang soll dem Roten Salon je nach Bedarf eine besondere
55 Förderung des JUBV zuteilwerden.

56 Für uns ist allerdings klar, dass auch Männer unter den Folgen des patriarchalen
57 Systems leiden. Damit gehen toxische Männlichkeit und sexistische Rollenbilder
58 einher, die unserem Gesellschaftsbild nicht entsprechen. Im Sinne eines
59 intersektionalen Feminismus wollen wir gesellschaftliche Machtstrukturen aus
60 verschiedenen Perspektiven betrachten und uns – auch aus der Perspektive
61 kritisch-solidarischer Männer – mit männlichen Rollenbildern kritisch
62 auseinandersetzen.

63 **INTERNATIONALISMUS WAR SELTEN WICHTIGER**

64 Als internationalistischer Richtungsverband blicken wir mit Sorgen auf die
65 Entwicklungen in vielen Regionen der Erde. Solidarisch zeigen wir uns unter
66 anderem mit der Situation der Frauen in Afghanistan und dem Kampf der Menschen
67 gegen das unterdrückerische Regime im Iran.

68 Weit oben auf unserer Agenda steht auch die Thematisierung des russischen
69 Angriffskrieges auf die Ukraine. An diesem UBDK-Wochenende jährt sich fast
70 tagesgenau der Überfall Russlands auf das gesamte ukrainische Territorium.
71 Seitdem wurden auf Putins Befehl zahlreiche Ukrainer*innen geötet,
72 Kriegsverbrechen begangen und Gebiete der Ukraine völkerrechtswidrig besetzt.
73 Wir stehen selbstverständlich damals wie heute solidarisch an der Seite der
74 Ukraine. Dies gilt für das Land selbst, wie auch für die zu uns aus der Ukraine
75 geflüchteten.

76 All der Schrecken in der Ukraine bedeutet nicht nur für Deutschland, sondern
77 auch für uns Jusos eine "Zeitenwende". Während die Jusos Köln auf der UBDK 2022
78 forderten, "mit allen friedlichen Mitteln eine drohende Eskalation der Lage zu
79 verhindern" und es als richtig empfanden, "grundsätzlich keine Waffen in
80 Krisengebiete zu liefern", stellt sich heute eine neue Situation dar. Wir wollen
81 deshalb das kommende Jahr nutzen, um uns stärker mit dem Ukraine-Krieg und
82 seinen Auswirkungen auseinanderzusetzen.

83 Diese und weitere Themen wollen wir im kommenden Jahr kritisch verfolgen und
84 Positionen erarbeiten beziehungsweise fortentwickeln.

85 **WAHLKAMPF**

86 Mit Blick auf die, vorraussichtlich im Frühjahr 2024 stattfindenden,
87 Europawahlen beschäftigen wir uns schon in diesem Jahr mit der Vorbereitung des
88 damit verbundenen Wahlkampfes.

89 Das wahlkampffreie Jahr 2023 nutzen wir für die Vorbereitung der Kommunalwahl im
90 Jahr 2025. Dazu gehört die Ausarbeitung eigener kommunalpolitischer Forderungen
91 und die inhaltliche Mitgestaltung des Programmprozesses der KölnSPD. Es ist
92 unser Ziel, dass 2025 mehr Jusos für den Rat und die Bezirksvertretungen
93 kandidieren. Deswegen fangen wir schon in diesem Jahr an, in unseren eigenen
94 Reihen Interessierte für Kandidaturen zur Kommunalwahl zu gewinnen und bei der
95 Vorbereitung ihrer Kandidaturen zu unterstützen - zum Beispiel durch
96 Informationsveranstaltungen über kommunalpolitische Arbeit, Vernetzung mit den
97 Jusos in Rat, Bezirksvertretungen und den Ausschüssen und gemeinsame
98 Vorbereitung auf das innerparteiliche Auswahlverfahren. Auch werden wir das
99 Aufstellungsverfahren der KölnSPD von Anfang an begleiten mit dem Ziel, dass
100

101 auch Jusos auf aussichtsreicheren Wahlkreisen und Listenplätzen kandidieren.
102 Insbesondere wollen wir die Hürden für Kandidaturen von BIPOC und Frauen
abbauen.

103 Anlässlich beider Wahlen werden wir eine klare Strategie zum Umgang mit der AfD
104 im Wahlkampf entwickeln.

105 **AKTIONSTAGE**

106 Aktivitäten auf der Straße oder durch Online-Kampagnen, zur Unterstützung
107 unserer politischen Positionen und zum Ausdruck unserer Solidarität gegenüber
108 Initiativen, Bündnissen und Arbeitsgemeinschaften gehören zu unserer täglichen
109 Arbeit. Dabei ist die Unterstützung der Juso-Stadtbezirke essentiell, um
110 flächendeckend das städtische Bild zu prägen und den Mitgliedern die politische
111 Teilnahme zu ermöglichen.

112 Daher verpflichten wir uns mindestens an den folgenden Gedenk- und Aktionstagen
113 zu beteiligen:

- 114 • Feministischer Kampftag

- 115 • Welttag gegen Rassismus

- 116 • Gedenktag zum Attentat in Hanau

- 117 • Tag der Arbeit

- 118 • Gedenktage für die Opfer der NSU-Anschläge in Köln (Keupstraße &
119 Probsteigasse)

- 120 • Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des NS-Regimes

- 121 • Reichspogromnacht, Mauerfall

- 122 • Gedenktag für die Opfer des Völkermordes an Sinti und Roma

123 • Holocaust Gedenktag

124 • CSD und IDAHOBIT

125 **GRUNDLAGEN DER VERBANDSARBEIT**

126 Der JUBV verpflichtet sich im Rahmen der jungsozialistischen Verbandsarbeit, die
127 bereits bestehenden Strukturen weiter auszubauen und mittels der Durchsetzung
128 des Rabbich-Kodexes eine für alle angenehme Diskurs- und Arbeitsatmosphäre zu
129 schaffen (<https://bit.ly/3tsGrFN>).

130 Zu den bestehenden Strukturen und Arbeitsaufträgen zählen:

131 • Politik- oder Feierabende

132 • Sorgfältige Neumitgliederarbeit und gezielte Ansprache inaktiver
133 Mitglieder

134 • Beständige Pressearbeit

135 • Langfristige Bündnisarbeit

136 • Betreuung der Website und Social Media Kanäle

137 • Organisation von Themenkonferenzen und min. einmal im Jahr einer UBDK

138 • Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Juso-Unterbezirken

139 • Organisation und Unterstützung der Arbeitskreise

A2 Sein wie Ehrenfeld - nur besser!

Antragsteller*in: Jusos Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: muelheim@jusos-koeln.de

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln zur Unterstützung der Mülheimer
2 Kulturszene auf!

3 Die bisherige Kulturszene muss geschützt und unterstützt werden. Die Fehler aus
4 Ehrenfeld dürfen sich nicht wiederholen.

- 5 • Erhalt des Standortes Köln-Mülheim von Schauspiel Köln
- 6 • Finanzielle Unterstützung der Mülheimer Kulturszene
- 7 • Senken von Hürden und Auflagen für Bars und Clubs
- 8 • Aktive Bewerbung des Kulturstandortes Köln Mülheim
- 9 • Kein Weichen von Veranstaltungsorten für Neubauten

Begründung

Die Vorurteile über die Schäl Sick, insbesondere das schmutzige Mülheim, sind auf der linken Rheinseite stark in den Köpfen verankert. Doch jede*r, die/der Mülheim besucht, stellt fest: Mülheim ist weit mehr als sein Ruf!

Das Mülheimer Mäuerchen ist nicht nur der schönste Platz am Rhein, sondern in Mülheim findet sich auch eine aufstrebende Kulturszene, die stetig wächst. Neben E-Werk und Palladium hat seit 2013 auch das Schauspiel Köln im Mülheimer Carlswerk für die Zeit der Sanierung seine Spielstätte gefunden. Trotzdem rückt Mülheim nicht in das Kölner Bewusstsein. Mülheim bleibt nicht nur unter dem Radar der Bürger*innen, sondern auch die Stadtpolitik vergisst regelmäßig, welche Perle dort auf der rechten Rheinseite liegt.

Die Stadt Köln muss den Kulturstandort Köln-Mülheim aktiv bewerben und dadurch indirekt unterstützen.

Als Paradebeispiel zeigt das Schauspiel die positive Wirkung von Kultur auf einen Standort. Der Umbau des Depot auf dem Carlswerk in einen Kulturstandort im und für den migrantisch geprägten Stadtteil Köln Mülheim, steht exemplarisch für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts eines ganzen Veedels, die Förderung des (sozial-)politischen Dialogs und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Das ist es, was es über 2024 hinaus zu erhalten gilt. In Ehrenfeld wurde vorgemacht, wie es nicht laufen sollte. Das Clubsterben wurde von der Stadt akzeptiert, um die Gentrifizierung voranzutreiben. Von der Vielfalt und Kulturszene, die Ehrenfeld ausmachten, ist nicht mehr zu erkennen. Mülheim soll kein Ehrenfeld 2.0 werden, sondern besser!

A3 Nachts Flugzeuge nur im Bauch, nicht über den Köpfen!

Antragsteller*in: Jusos Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: muelheim@jusos-koeln.de

Antragstext

1 Als Jusos Köln fordern wir ein Nachtflugverbot für den Köln/Bonner Flughafen!

Begründung

Lärm macht krank! Schlafentzug macht krank!

Viele verschiedene Veedel in Köln sind vom Fluglärm betroffen. Im Sommer mit offenem Fenster schlafen für viele die Erlösung nach einem viel zu heißen Sommertag, in einem Wohngebiet direkt unter einer Einflugschneise unmöglich. Ohropaxs und Co. verschaffen kaum bis keine Abhilfe. In seinem eigenen Zuhause nicht schlafen zu können ist eine Zumutung! Lärm ist nicht das einzige Problem, das Nachtflüge mit sich bringen.

1. **Umweltschutz:** Flugzeuge stoßen bei Nachtflügen höhere Emissionen aus, die die Luftqualität beeinträchtigen und zur Verschlechterung des Klimas beitragen können. Ein Grund dafür sind z.B. Wetterbedingungen. Nachtflüge finden oft in stabileren Atmosphären statt, die weniger Winde und Turbulenzen aufweisen. Dies kann dazu führen, dass die Abgase länger in der Luft bleiben und sich nicht so schnell auflösen.
2. **Sicherheit:** Die Sichtbarkeit und die Reaktionsfähigkeit von Piloten können bei Nachtflügen beeinträchtigt sein, was das Risiko für Unfälle erhöhen kann.

Deshalb ist ein Nachtflugverbot wichtig für die Gesundheit der Kölner*innen sowie für die Umwelt und die Sicherheit im Luftverkehr. Gibt den Bürger*innen das Recht zurück selbständig über Ihr Schlafdefizit zu bestimmen!

A4 Gesetzliche Rentenversicherung für alle!

Antragsteller*in: Jusos Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge
Status: Zurückgezogen

Weiterleitung an: muelheim@jusos-koeln.de

Antragstext

1 Als Jusos Köln fordern wir die Einbeziehung aller Bürger:innen in die
2 gesetzliche Rentenversicherung. Das gesetzliche Rentenversicherungssystem soll
3 auch Beamte, Selbstständige und freie Berufe einbeziehen und deren Rentensysteme
4 ersetzen.

Begründung

Das Rentenversicherungssystem in Deutschland ist ein umlagefinanziertes System, wodurch die derzeitigen Beitragszahler unmittelbar die Renten der aktuellen Rentner finanzieren (sog. Generationenvertrag). Durch die gesetzliche Rentenversicherung wird ein sozialer Ausgleich hergestellt und die Lasten unter den Bürger:innen verteilt. Allerdings sind nicht alle Teil dieses Systems. Selbstständige, Beamt:innen und auch die Vertreter:innen der freien Berufe (Architekt:innen, Ärzt:innen, etc.) sind nur freiwillig oder gar nicht Teil der gesetzlichen Rentenversicherung. Für diesen Sonderstatus gibt es aus unserer Sicht keinen Grund. Alle Bürger:innen in Deutschland gehören zur Solidargemeinschaft und sind Teil des Generationenvertrags!

A5 Schwarzfahren muss bezahlbar bleiben, 129€-Ticket jetzt!

Antragsteller*in: Jusos Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: muelheim@jusos-koeln.de

Antragstext

1 Als Jusos Köln fordern wir die Einführung eines solidarisch finanzierten,
2 bundesweit gültigen 129€-Tickets für alle Studierende an öffentlichen
3 Hochschulen in NRW und schließen uns somit den Forderungen des LAT NRWs an.
4 Darüber hinaus fordern wir, dass Auszubildenden ein vergleichbares Ticket zum
5 selben Preis angeboten wird.

Begründung

Die Bundesregierung plant noch dieses Jahr ein „Deutschlandticket“ einzuführen, das für 49€ pro Monat die Nutzung des ÖPNV in ganz Deutschland ermöglichen soll. Der Vorstoß würde die Nutzung des ÖPNV in Deutschland deutlich günstiger machen und ist ein enorm wichtiger Schritt dafür, vielen Menschen Deutschland klimafreundliche Mobilität unabhängig von ihrem Einkommen verfügbar zu machen.

Der Vorstoß hat dabei aber Auswirkungen auf hunderttausende Studierende in Nordrhein-Westfalen, welche zurzeit das NRW-Semesterticket nutzen. Der Preis dafür liegt an der Universität zu Köln beispielsweise bei 202,30€ im Semester, also bei etwa 34€ im Monat. Dieser Preis ist deutlich günstiger als vergleichbare Monatsabos, welchen Nicht-Studierenden in der Vergangenheit zur Verfügung standen. Dieser geringere Preis ist vor allem deshalb möglich, weil das Semesterticket ein Solidarmodell ist, welches von allen Studierenden NRWs (unabhängig davon ob und wie häufig sie den ÖPNV nutzen) getragen wird.

Das Deutschlandticket wäre bei seiner Einführung lediglich 15€ teurer als das Semesterticket und würde dabei einen deutlich größeren Raum abdecken. Somit wäre es fraglich inwiefern ein Semesterticket überhaupt eine Zukunft haben würde. Eine Abschaffung wäre allerdings fatal, weil vielen Studierende NRWs bei sozialer Härte der Mobilitätsbeitrag zur Zeit erlassen wird. Somit ist es möglich Studierenden mit besonders geringem Einkommen ohne zusätzliche staatliche Unterstützung eine Solidarfinanzierung zu ermöglichen.

Das Landes-Asten-Treffen NRW hat daher unlängst den Vorschlag gemacht ein deutschlandweit gültiges, solidarisch finanziertes 129 Euro-Semesterticket einzuführen. Mit 21,50€ im Monat wäre dieses deutlich günstiger als das Deutschlandticket und würde eine weitere verpflichtende Solidarfinanzierung rechtfertigen und Studierenden NRWs somit Mobilität über die eigenen Landesgrenzen hinaus ermöglichen.

A6 Barrierefreiheit im ÖPNV

Antragsteller*in: Jusos Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: muelheim@jusos-koeln.de

Antragstext

1 Als Gesellschaft haben wir die Verpflichtung, jedem Bürger eine
2 gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Diese Teilhabe
3 umfasst auch den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Um diese Schieflage zu
4 korrigieren, fordern wir als Jusos Köln die Einführung von Barrierefreiheit im
5 öffentlichen Personennahverkehr, denn nur so können die verschiedenen
6 Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen berücksichtigt werden.

Begründung

Leider sind viele Verkehrsmittel nicht barrierefrei, daher ist es für Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder mobilitätseingeschränkten Personen nicht möglich, den ÖPNV zu nutzen. Das führt dazu, dass viele Menschen in ihrer Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt sind und dadurch keine Möglichkeit haben, unabhängig und selbstständig an öffentlichen Veranstaltungen, Arbeitsplätzen oder Freizeitaktivitäten teilzunehmen.

Des Weiteren sind die Bahnhöfe und Bushaltestellen so gestaltet, dass sie für Menschen mit Einschränkungen nicht zugänglich sind. Hierbei ist es wichtig, auf die Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen, die je nach Bedarf unterschiedlich ausfallen, zu achten. Hierbei müssen alle öffentlichen Verkehrsmittel, einschließlich Bahnen und Bussen, so gestaltet werden, dass sie für alle Personen zugänglich und nutzbar sind. Dies kann durch den Einsatz von Rampen, Behindertentoiletten und anderen barrierefreien Einrichtungen erreicht werden.

A7 Verwaltungsblockade beenden - Bildungscampus vorantreiben

Antragsteller*in: Jusos Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Antragstext

- 1 Die Jusos Köln unterstützen die Forderung nach einer Machbarkeitsstudie für den
- 2 Erhalt des Hölderlin-Gymnasiums am Standort Graf-Adolf-Straße.

Begründung

Im Jahr 2020 wurden Pläne der Stadtverwaltung bekannt, dass Hölderlin Gymnasium in Köln-Mülheim auf zwei Standorte aufzuteilen. Dies wurde damit begründet, dass der erforderliche Neubau am derzeitigen Standort nicht umsetzbar sei. Die hohe räumliche Distanz zwischen den ausgewählten Orten hätte zu großen Belastungen der Schüler*innen sowie der Lehrer*innenschaft geführt.

Infolge heftiger Proteste aus der Schule, einer Petition sowie unter anderem dem Engagement mehrerer SPD-Mandatsträger*innen beschlossen sowohl der Schulausschuss des Rats der Stadt Köln als auch die Bezirksvertretung Köln-Mülheim 2021 die Erstellung einer Machbarkeitsstudie. Mit dieser sollten alle möglichen Nutzungen des derzeitigen Standorts in Betracht gezogen und Transparenz über den Sachstand geschaffen werden. Insbesondere die Idee der Gestaltung eines Bildungscampus am Mülheimer Stadtgarten könnte dadurch geprüft werden.

Bisher hat die Stadtverwaltung jedoch keine neue Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Stattdessen wirkt es nach eineinhalb Jahren zunehmend, als würde sie kein Interesse an der Prüfung neuer Möglichkeiten haben.

A8 Wissenschaftsfeindliche Traditionen beenden

Antragsteller*in: Jusos Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die deutsche Gesundheitsversorgung soll eine der besten der Welt sein. Um dieses
2 Ziel zu erreichen, können wir unwissenschaftliche Traditionen und Theorien nicht
3 weiter fördern und legitimieren. Das Handeln und Behandeln soll wissenschaftlich
4 fundiert sein. Dazu fordern wir:

- 5 ● Ein Ende der Zulassung von Homöopathika nach dem Arzneimittelgesetz inklusive
6 Aufhebung der Apothekenpflicht

- 7 ● Vermarktung von Homöopathika ausschließlich nach dem Lebensmittel- oder
8 Kosmetikrecht mit Zutatenverzeichnis

- 9 ● Verbot der Heilpraktiker*innen nach österreichischem Vorbild, d.h. Verbot des
10 Ausführens der Heilkunde ohne ärztliche oder entsprechende therapeutische
11 Ausbildung; dies soll ausdrücklich nicht etwaige Erweiterungen von Befugnissen
12 der pflegerischen und therapeutischen Berufe ausschließen

Begründung

Heilpraktiker*innen und Homöopathie-Industrie nutzen die Notlage und Ängste von Patient*innen in einem vor dem Kollaps stehenden und durchrationalisieren Gesundheitssystem schamlos aus. Sie versprechen "sanfte" und "alternative" Heilung und eine "Betrachtung des ganzen Menschen", ohne dies liefern zu können. Der deutsche Staat unterstützt dieses zu verurteilende Geschäftsprinzip durch den Anschein der Seriosität, der durch eine staatliche Überprüfung oder eine Zulassung nach dem Arzneimittelgesetz und eine daraus resultierende Apothekenpflicht verliehen wird. Die eine Heilpraktik gibt es nicht. Der Begriff umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Verfahren, Praktiken und Theorien, wie zum Beispiel Chiropraktik, Osteopathie, Bioenergetik oder auch Homöopathie. Alle gemeinsam haben sie, dass sie entweder in Gänze oder zu großen Teilen frei von jeglicher wissenschaftlicher Evidenz sind. Wer in Deutschland als Heilpraktiker*in arbeiten möchte, muss keine geregelte Ausbildung absolviert haben. Man muss lediglich einen Hauptschulabschluss

haben, das 25. Lebensjahr vollendet haben und eine mündlich-schriftliche Überprüfung durch die Gesundheitsämter bestehen. Diese Überprüfung hat allerdings nicht das Ziel, tatsächliche Kenntnisse der Heilkunde und Krankheitslehre zu überprüfen, sondern dient primär der Gefahrenabwehr. Die gesamte Überprüfung dauert etwa zwei Stunden. Dennoch übersteigen ihre Befugnisse die der pflegerischen und vieler therapeutischer Berufe, obwohl sie eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung durchlaufen haben. Die Homöopathie genießt in Deutschland eine Sonderrolle. Sie ist gesellschaftlich in weiten Kreisen etabliert, obwohl auch sie keine Beweise für ihre Wirksamkeit vorbringen kann. Hier hat der Satz "Homöopathie wirkt nicht über den Placeboeffekt hinaus" erfreulicherweise große Popularität erreicht. Dennoch unterliegen sie in Deutschland dem Arzneimittelgesetz. Anders als andere Arzneimittel müssen Homöopathika für ihre Zulassung allerdings keinen Wirksamkeitsnachweis erbringen, sondern lediglich dem fachspezifischen Binnenkonsens entsprechen. Darüber hinaus enthalten aufgrund des Verfahrens der Potenzierung viele Homöopathika nicht einmal nachweisbare Mengen der namensgebenden Substanzen. Die Homöopathie kann also komplett selbst entscheiden, was ein Arzneimittel ist. Laut dem Bund Deutscher Heilpraktiker e.V. beläuft sich der Jahresumsatz der Heilpraktiker*innen auf etwa eine Milliarde Euro, Homöopathika erzielen einen Jahresumsatz von etwa einer halben Milliarde Euro. Dies alles ist aber nicht nur teuer, sondern auch gefährlich. Zu oft sind in den letzten Jahren Fälle durch die Presse gegangen, bei denen Menschen vermeidbar durch die Behandlung wildgewordener Heilpraktiker*innen geschädigt wurden oder Patient*innen ohne adäquate Therapie starben. Diese staatlich gebilligte Abzocke von Versicherern und Patient*innen und ihre unnötige Gefährdung muss ein Ende finden.

Quellen: <https://www.gesetze-im-internet.de/heilprg/BJNR002510939.html>https://www.gesetze-im-internet.de/heilprgdv_1/_2.htmlhttps://www.gesetze-im-internet.de/amg_1976/_4.htmlhttps://www.gesetze-im-internet.de/amg_1976/_4.html <https://www.bdh-online.de/repraesentative-umfrage-jeden-tag-gehen-in-deutschland-128-000-patienten-zum-heilpraktiker> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/238427/umfrage/apothekenumsatz-mit-rezeptfrei-en-homoeopathischen-und-pflanzlichen-arzneimitteln>

A9 Einrichtung einer 24h Kita in Lindenthal

Antragsteller*in: Jusos Lindenthal
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos Köln beantragen eine städtische 24 Stunden Kita im Stadtbezirk
2 Lindenthal einzurichten.

Begründung

Wir leben in einer Zeit in der Schicht- und Spätarbeit in vielen Berufszweigen, insbesondere aber auch in der Pflege, zum Alltag von Arbeitnehmer:innen gehört. Zum Alltag vieler Eltern, die in diesen Berufszweigen tätig sind, gehört auch um wechselnde Schichtdienste herum eine qualifizierte Kinderbetreuung sicherzustellen, für die Zeiten wenn die üblichen Kindertagesstätten bereits geschlossen sind.

Schwierigkeiten haben hierbei insbesondere Elternteile die sich alleinerziehend um Kinder kümmern. Häufig muss und kann in diesen Situationen auf persönliche Ressourcen wie Großeltern Tanten, Onkel etc. zurückgegriffen werden, in dieser privilegierten Situation sind aber nicht alle Eltern. Um Eltern, die in Schichtarbeit tätig sind eine qualifizierte Kinderbetreuung bereitzustellen, beantragen wir die Einrichtung einer Kindertagesstätte die auch ein 24 Stunden Betreuungsangebot hat. Dies dient dazu, Eltern dahingehend zu entlasten sich ggf. Woche um Woche aufs Neue eine Kinderbetreuung während ihres Spät- oder Nachtdienstes zu organisieren und auch Kinder dahingehend zu entlasten ggf. Woche um Woche bei anderen Verwandten, Nachbarn etc. in anderer Umgebung zu übernachten. Die nicht nur zeitintensive Suche nach einer immer neuen Kinderbetreuung belastet Eltern und dadurch auch Kinder auch psychisch.

In skandinavischen Ländern hat sich solch ein Angebot bereits bewährt. Studien aus diesen Ländern ergeben, dass auch eine Übernachtbetreuung Kinder nicht negativ beeinflusst, wenn sie sich in einer ihnen bekannten Umgebung bei ihnen vertrauten Personen befinden.

Örtlich gibt es unserer Meinung nach auf dem Stadtgebiet Köln viele gut geeignete Orte um eine 24 Stunden Kita einzurichten; für das erste städtische Angebot dieser Art schlagen wir aber Lindenthal vor, da in diesem Stadtbezirk vier Krankenhäuser verortet sind und somit dort viele Personen in Pflegeberufen im Dreischichtbetrieb arbeiten und somit auch der Bedarf nach einer qualifizierten Betreuung vorhanden ist.

A10 Verpflichtende 1. Hilfe Kurse an weiterführenden Schulen

Antragsteller*in: Jusos Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Landeskonzferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Verletzungen passieren meistens in unserem privaten Umfeld, häufig kleine
2 Schnittverletzungen oder Ähnliches.

3 Aber auch schwerere Notfälle sind nicht so selten, wie man vielleicht denken
4 mag. Ein Verwandter bricht auf der Familienfeier zusammen, die Freundin stürzt
5 und bricht sich das Bein.

6 Natürlich möchte der Großteil seinen Mitmenschen helfen, aber es ist menschlich
7 von der Situation überfordert, von der Unsicherheit wie gelähmt zu sein.

8 Dabei sind die ersten Minuten die entscheidendsten, der Rettungsdienst ist im
9 Schnitt 10-15 Minuten unterwegs. Wer in dieser Zeit erste Hilfe leistet,
10 verdoppelt die Überlebenschancen des Unfallopfers.

11 Daraus folgt: Je mehr Personen erste Hilfe beherrschen, desto weniger
12 Verunfallte sterben. Um die lebensrettenden Fähigkeiten besonders früh und
13 flächendeckend zu vermitteln, bieten sich die Schulen an. Eine Schulung, die nur
14 ein oder zwei Schultage beansprucht, kann zahlreiche Menschenleben retten.

15 **Deshalb fordern wir, die erste Hilfe als Pflichtstoff in den Lehrplan aller**
16 **weiterführenden Schulen in NRW aufzunehmen.**

Begründung

Unfälle ereignen sich jeden Tag im privaten oder öffentlichen Umfeld: Stürze, Schnittverletzungen usw..
Besonders im Straßenverkehr kommt es zu vielen Unfällen. So verletzen sich pro Tag in Deutschland 885
Menschen und 7 Menschen sterben. In Deutschland kommt es zu circa 2500 Fällen von Erste-Hilfe pro Tag.

Laut einer Umfrage der Techniker Krankenkassen (TK) trauen sich nur 44% der Menschen, welche noch nie einen Erste-Hilfe-Kurs besucht haben, im Notfall einzugreifen. Des Weiteren steigt die Unsicherheit, je länger der Kurs zurückliegt.

Außerdem entscheiden sich immer mehr junge Menschen, keinen Führerschein zu machen und nehmen so nie an den verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen teil.

Zur Sicherheit jedes Menschen ist es von großem Vorteil, Grundlagen der Erste-Hilfe schnell und sicher anwenden zu können. Die Präsenz der Wichtigkeit solcher Kurse und die Bereitschaft, diese in der Freizeit zu besuchen, ist bei vielen Menschen gering. Die Verpflichtung der Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen an weiterführenden Schulen umgeht diese Problematik und soll zu einem Bewusstsein für Erste-Hilfe beitragen.

Quellen:

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/117483/Jeder-Vierte-hat-Angst-erste-Hilfe-zu-leisten>

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Verkehrsunfaelle/_inhalt.html

https://assets.ctfassets.net/9nu7qkjc5l0/3Jp2KDIHXHiVStJw6SNR1x/edf66a5dbb630d8-633f3b3ad9da2e17c/Erste_Hilfe_Report.pdf

<https://www.aerztezeitung.de/Medizin/Erste-Hilfe-verdoppelt-Ueberlebenschance-249042.html#:~:text=Wiederbelebungsversuche%20durch%20Ersthelfer%20sind%20%C3%A4-u%C3%9Ferst.Chancen%2C%20einen%20Herzstillstand%20zu%20%C3%BCberleben.>

A11 Medikamentenzuzahlung abschaffen

Antragsteller*in: Jusos Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Landeskonzferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Medikamentenzuzahlungen wurden bei ihrer Einführung damit begründet, dass sie
2 die Medikamentenkäufe steuern könnten. Das tun sie auch, jedoch anders als
3 beabsichtigt. Die Zuzahlungen sorgen nicht etwa dafür, dass nur diejenigen
4 Arzneimittel beziehen, die sie brauchen, es schreckt viel mehr Patient*innen ab,
5 die sie tatsächlich benötigen. Medikamente, die ärztlich verordnet werden,
6 sollten aber auch dringend eingenommen werden, dies aus finanziellen Gründen
7 nicht zu tun, kann fatal sein. Doch genau dafür müssen sich sozial schwächere,
8 wie chronisch Kranke und Personen mit niedrigem Einkommen, oft entscheiden.

9 **Deshalb fordern wir:**

- 10 • **die Streichung aller Zuzahlungen von Versicherten zu medizinisch**
11 **notwendigen Arzneimitteln.**

Begründung

Wenn medikamente ärztlich verordnet werden, handelt es sich um notwendige Behandlungen, auf die die Patient*innen keinen Einfluss haben.

Zuzahlungen erfüllen die zu Beginn angedachte positive Steuerungsfunktion nicht, sie untergraben die grundgesetzliche Verpflichtung zum Sozialstaat.

Nicht ohne Grund wurde die Kostenbeteiligung in den benachbarten Niederlanden schon 2000 wieder gestrichen.

Am Häufigsten betroffen sind Senioren, Chroniker, Auszubildende, Studenten, Sozialleistungsempfänger und junge Eltern und damit Personengruppen, die unsere Solidargemeinschaft besonders schützen sollte.

Nicht nur sozialpolitisch spricht alles gegen die Medikamentenzuzahlungen. Auch das Gesundheitswesen würde durch eine Abschaffung gestärkt werden. Zwar verlieren die Kassen zunächst Geld, jedoch führen heute eingesparte Behandlungen, für die das Geld nicht gereicht hat, zu Mehrkosten durch komplexere Behandlungen in der Zukunft.

So verringerte beispielsweise eine Abschaffung der Rezeptgebühr in Italien 2001 die Zahl der Krankenhauseinweisungen von Bluthochdruckpatient*innen. Für die Kostendämpfung durch die Zuzahlungen gibt es dagegen keine Belege.

Quellen:

<https://www.fr.de/politik/zuzahlungen-wirken-bumerang-11610033.html>

<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/daz-az/2012/daz-12-2012/vom-sinn-und-unsinn-von-zuzahlungen>

<https://www.vdaee.de/index.php/presseerklarungen/2012/524-presseerklarung-von-vdaee-und-vdpp-zu-zuzahlungen>

A12 Prostitution - Wo ein Markt ist wird er auch bedient

Antragsteller*in: Juso HSG, Jusos Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge
Status: Zurückgezogen

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Wir müssen über Prostitution sprechen - gerade in Deutschland und gerade in der
2 feministischen Linken. Teilen sozialistisch orientierte Gruppierungen noch die
3 Motivation, die prekären Arbeitsbedingungen von Prostituierten zu verbessern, so
4 spalten sich die Lager an deren Lösungsansätzen. Im feministischen Diskurs der
5 letzten Jahre gibt es vermehrt Versuche, vom gesellschaftlich stigmatisierten
6 Begriff der Prostitution zu einem anerkennenden Begriff der "Sexarbeit" zu
7 gelangen. Damit einher gehen oft Forderungen, die gesetzlichen Regelungen zum
8 Wohle der Prostituierten zu liberalisieren. Demgegenüber stehen Forderungen,
9 Prostitution aufgrund ihrer untrennbaren Verflechtung mit dem kapitalistisch-
10 patriarchalen System gesellschaftlich zu überwinden.

11 Deutschlands Standort als Bordell Europas: derzeitige Lage

12 Bei der Betrachtung der derzeitigen Lage der Prostitution in Deutschland fällt
13 zuerst auf, dass es an aktuellen statistischen Daten fehlt und einige
14 Statistiken stark variieren. Man muss einschränkend anerkennen, dass es
15 schwierig ist, theoriegeleitete Argumente zu den verschiedenen Aspekten des
16 Prostitutionswesens mit validen Daten zu belegen.

17 In Deutschland wird schätzungsweise 1,2 Millionen Mal Sex gekauft – und das am
18 Tag. Dies führt in der BRD zu einem Jahresumsatz von ca. 14,6 Milliarden Euro
19 durch die Prostitution. Die Anzahl der in Deutschland angemeldeten
20 Prostituierten liegt laut Statistischem Bundesamt bei 24.940, aber es wird davon
21 ausgegangen, dass es sich in der Realität um eine weitaus höhere Zahl zwischen
22 150.000 und 700.000 handelt, Tendenz steigend. Ähnlich wenige wissenschaftlich
23 zuverlässige Angaben gibt es über die Freier. Jedoch ist davon auszugehen, dass
24 das Freiertum als fast ausschließlich männliches Phänomen begriffen werden kann,
25 während 94% der Prostituierten Frauen sind. Daher fokussieren wir uns im Laufe
26

27 dieses Antrags mit dem Freier- sowie Zuhältertum als vorwiegend männliches und
28 Prostitution als vorwiegend weibliches Phänomen.

28 Freier gibt es in allen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus. Statistiken
29 darüber, wie viele Männer in ihrem Leben als Freier tätig waren, variieren
30 zwischen jedem 3. und jedem 4. Mann.

31 Die in Umfragen am häufigsten auftretenden Staatsangehörigkeiten von
32 Prostituierten in Deutschland sind Rumänien, Bulgarien und Ungarn.
33 Schätzungsweise 80% der Prostituierten haben keinen deutschen Pass. Während in
34 21 europäischen Mitgliedstaaten Prostitution legal ist, gilt in sechs EU-
35 Mitgliedstaaten (Frankreich, Irland, Schweden, Kroatien, Bulgarien) ein
36 Prostitutionsverbot. Im Zuge der liberalisierten Gesetzgebung seit dem
37 Prostitutionsgesetz im Jahr 2002 in Deutschland sowie der EU-Osterweiterung
38 wuchs die Anzahl von armen, jungen Frauen aus Osteuropa, die sich in Deutschland
39 prostituierten. Denn: Je größer die Unterschiede zwischen den im Bereich
40 Prostitution geltenden nationalen Regelungen in den EU-Ländern, desto größer die
41 Unterschiede bei der Größe der Prostitutionsmärkte in den EU-Ländern. Folglich
42 gibt es eine Verlagerung von Angebot und Nachfrage hin zu nationalen Märkten wie
43 Deutschland, die EU-interne Bewegungen von Frauen zu Prostitutionszwecken nach
44 sich zieht. Prostitution ist demnach ein für die BRD nicht unbedeutender
45 Wirtschaftsfaktor. Gleichzeitig bedeutet sie im gesamten europäischen Raum die
46 sexuelle Ausbeutung von Frauen aus anderen, überwiegend osteuropäischen Staaten.

47 Im Zuge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine flüchteten Millionen von
48 Frauen aus der Ukraine. Berichten zufolge wurden viele von ihnen schon an der
49 deutschen Grenze von Zuhältern angesprochen, die versuchten, sie zur
50 Prostitution zu drängen. Menschenhändler und kriminelle Netzwerke der EU-weiten
51 Sexindustrie nutzen die besondere Notlage dieser Frauen aus und zwingen sie
52 mitunter zur Prostitution. Die Ukraine ist jedoch nur eines vieler Beispiele:
53 Über Länder wie Rumänien und andere osteuropäische Staaten verläuft die aktuelle
54 Fluchtbewegung aus der Ukraine exakt entlang der traditionellen Route der
55 Zwangsprostitution ([Quelle](#)).

56 So wird der in der EU mit auf Menschenhandel basierender Prostitution generierte
57 Umsatz auf eine Summe zwischen fünf und elf Milliarden Euro geschätzt.

58 Kann Konsens mit Geld gekauft werden?

59 Der seit langem andauernde feministische Kampf um das Konsensprinzip darf in der
60 Prostitutionsdebatte nicht unter den Tisch fallen und muss in den Kontext der
61 kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gesetzt werden.

62 **Das Konsensprinzip fordert, dass nicht nur ein "Nein" "Nein", sondern auch ein**

63

64 **“Ja” “Ja” in der Sexualität bedeuten muss.** Ein für den Prostitutionsmarkt
65 relevanter Aspekt ist, dass Freier nicht wissen können, aus welchen Gründen sich
66 eine Frau prostituiert. Wie bereits genannt, prägen ökonomische Zwänge,
67 patriarchale Gewalt oder ein kritischer Aufenthaltsstatus das Leben vieler
68 Prostituiertes maßgeblich. Das Einverständnis, das Prostituierte zum sexuellen
69 Akt geben, betrifft also nicht den sexuellen Akt, sondern das Geld. Es ist ein
70 “Ja” zum Geld - da ansonsten negative Konsequenzen (Armut, Obdachlosigkeit oder
71 Gewalt) drohen, es bleibt aber ein “Nein” zum Sex. Prostitution ist in im Kern
72 also per se eine Grenzüberschreitung: Freier sowie Befürworter*innen einer
73 liberaleren Prostitutionspolitik müssen daher immer von der Ausgangssituation
74 ausgehen, dass die vulnerable Situation einer Prostituierten zugunsten der
75 Bedürfnisbefriedigung der Freier - ergo der männlichen Sexualität - ausgenutzt
wird.

76 Zwang, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt sind seit jeher stabilisierende
77 Mittel der männlichen Herrschaft. Wird Prostitution inklusive der in Kauf
78 genommenen Folgen von Grenzüberschreitungen (sexualisierte Gewalt, Femizide,
79 etc.) als elementarer Teil der männlichen Herrschaft gesehen, dann geht mit
80 einer kollektiven Emanzipation von patriarchalen Zwängen auch die Überwindung
81 des Wesens der Prostitution einher. Errungenschaften wie die freie Ausübung
82 weiblicher Sexualität, die im feministischen Kampf für alle Frauen erzielt
83 werden muss, können unter diesen Voraussetzungen nicht erreicht werden.

84 Vor allem in der Prostitution tätige Frauen bleiben so in den patriarchalen,
85 kapitalistischen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen zurückgeworfen und
86 auf der Basis ihrer Körperlichkeit ausgebeutet.

87 Prostitution – ein Job wie jeder andere?

88 Wenn im linken, feministischen Diskurs von “Sexarbeit” gesprochen wird, dann mit
89 dem Ziel die in der Prostitution beschäftigten Frauen von einem herrschenden
90 gesellschaftlichen Stigma zu befreien sowie ihre Selbstbestimmungsrechte zu
91 stärken. In diesem Zusammenhang wird auch versucht, bessere Arbeitsverhältnisse
92 für Prostituierte zu schaffen, um sie aus der Illegalität und Kriminalität in
93 eine überwachbare Sphäre zu ziehen. Dieser Anspruch ist an sich nicht falsch,
94 doch Prostitution wird sowohl kapitalistisch als auch patriarchal bedingt und
95 zählt nur zur reproduktiven Arbeit, die vor allem durch Unsicherheit und
96 Unsichtbarkeit geprägt, sowie keine oder schlechte Bezahlung, die vor allem von
97 Frauen ausgeübt wird. Besonders deshalb gilt es, die Systemkritik in den
98 Vordergrund zu stellen. Die Individuen und deren persönliche Entscheidungen, die
99 den systemischen Zwängen unterworfen sind, sollen von der Kritik unberührt
100 bleiben. Eine konservative, gar moralische Kritik an den Prostituierten selbst
101 steht im klaren Dissens mit einer marxistisch-feministischen Analyse.

102 Wie oben ausgeführt, fördert das Prostitutionswesen die Objektifizierung des

103 weiblichen Körpers mit dem Ziel, das männliche Subjekt - den Freier - zu
104 befriedigen. Schon dies steht Behauptungen entgegen, dass Prostitution auf der
105 Basis weiblicher sexueller "Selbstermächtigung" stattfände. Denn: die weibliche
106 Sexualität bzw. weibliche Subjektivität seitens der Prostituierten ist
107 ausdrücklich nicht Teil des die Prostitution bestimmenden
108 Dienstleistungsverhältnisses. Die Grundlage, auf der die Prostituierte sexuelle
109 Dienstleistungen ausübt, ist die Einwilligung der Prostituierten zu dem dafür
110 erhaltenen Entgelt. Der Dienstleistungsvertrag wird unter Bedingungen des freien
111 Markts ausgehandelt, wobei Grenzverletzungen der Prostituierten wissentlich in
112 Kauf genommen werden. Das zeigt zum Beispiel das im Prostitutionsvertrag
113 festgelegte Recht von Freiern und Zuhältern, Entgeltforderungen der
114 Prostituierten zu widersprechen, wenn die vereinbarte Dauer oder die sexuelle
115 Dienstleistung insgesamt nicht erfüllt wurde.

116 Indem sexuelle Dienstleistungen in den genannten linken Kreisen unter normale
117 Lohnarbeit subsumiert und diese als Chance zum individuellen, selbstständigen
118 Profit der "Sexarbeiterinnen" gesehen werden, wird eine wichtige,
119 zugrundeliegende Logik von Arbeit im kapitalistischen System bewusst ignoriert:
120 Prostituierte verkaufen nicht nur ihre Arbeitskraft, von welcher zu einem nicht
121 unwesentlichen Teil vor allem die Zuhälter profitieren, sondern auch ihre
122 körperliche und mentale Verfasstheit zur Konsumtion der Käufer. Hierdurch
123 begeben sie sich in eine "begrenzte, wenn nicht punktuell sklavenähnliche
124 Gewaltsituation, die das eingeforderte Recht auf freie Selbstbestimmung in das
125 Gegenteil umschlagen lässt" (Paul Oehlke, S. 46).

126 In der Form, in der befreite Lohnarbeit unter kapitalistischen
127 Herrschaftsverhältnissen generell ein Irrtum ist, in der Form ist befreite
128 Lohnarbeit in der Prostitutionsbranche im Spezifischen ein argumentativer
129 Zirkelschluss. Denn Angebot und Nachfrage verhalten sich auf dem freien Markt
130 der Prostitution wie folgt: "Für jede Frau, die einen Freier ablehnen darf, weil
131 er übergriffig ist, nicht gut riecht oder einfach unangenehm ist, muss irgendwo
132 eine Prostituierte genau diesen Freier klarmachen" (Hushke Mau). Wenn man
133 argumentiert, dass freie Lohnarbeit für manche Prostituierte gilt, so gilt dies
134 nicht für die große Mehrheit.

135 Die neoliberale Reduktion von Prostitution auf ihre individualistische,
136 marktspezifische Logiken ist fatal. Wir sozialistisch orientierte Gruppen
137 sollten uns darin einig sein, dass Liberalisierungen ohne wesentliche
138 Strukturreformen bis hin zur Abschaffung des kapitalistischen Lohnsystems keine
139 frei gelebte Lohnarbeit für Individuen erwirken können. Schon gar nicht für
140 Prostituierte.

141 Reproduktion von intersektionaler Diskriminierung in der Prostitution

142 In Anlehnung an Hushke Maus Beschreibung des Zusammenhangs von Prostitution und

143 Rassismus lässt sich ausweiten: **Prostitution lebt von Diskriminierung, ist**
144 **Diskriminierung und führt zu Diskriminierung.**

145 Denn oftmals sind es rassistisch diskriminierte Frauen, die in der Prostitution
146 tätig sind. Prostituierte werden mit der Absicht, mehr Nachfrage zu generieren,
147 nach ihren "rassistischen Eigenarten", wodurch Rassismen reproduziert und konstant
148 in das gesellschaftliche Leben hineingetragen werden. Rassismen richten sich
149 dabei gegen Frauen, die von Freiern entlang von Trennlinien wie bestimmten
150 Nationalitäten oder Personengruppen eingeteilt werden, beispielsweise sind
151 antiziganistische Narrative gegenüber Frauen aus osteuropäischen Ländern sehr
152 verbreitet.

153 Rassistische und misogyne Diskriminierungsformen greifen dabei intersektional
154 ineinander. So beobachtet man in Freierforen ablehnende Haltungen gegenüber
155 sämtlichen feministischen Bestrebungen und der Emanzipation von Frauen, wie
156 Zitate von US-amerikanischen Freiern wie dieses zeigen: „Warum ich mir eine
157 asiatische Frau suche? Weil Sie den Mann respektiert, weil sie sich dem Manne
158 hingibt, weil Sie für den Mann lebt. “Die deutsche Prostitutionspolitik erlaubt
159 auf diesem Gebiet einen Neokolonialismus, der es deutschen Männern ermöglicht,
160 Frauen sexuell auszubeuten, auf rassistische Klischees zu reduzieren und sie
161 sexuell zu versklaven” (Hushke Mau, S. 206).

162 Der Großteil der in Deutschland tätigen Prostituierten sind Migrantinnen. Aus
163 diesem Grund werden Bestrebungen, in der Gesetzgebung Arbeitsmigration zum
164 Zwecke der Prostitution zu untersagen, von Gegner*innen als migrationsfeindlich
165 bezeichnet, da sie also vor allem den großen Anteil nicht deutscher
166 Prostituierten treffen würden. Argumentationen wie diese greifen jedoch zu kurz,
167 wenn man sieht, dass gerade auf Migrantinnen zutreffende Voraussetzungen - wie
168 ein geringer sozioökonomischer Status, (Mehrfach-)Diskriminierung auf dem
169 Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft - in der Prostitution reproduziert werden.
170 So sind gerade sie einerseits besonders gefährdet von der ökonomischen
171 Abhängigkeit und Verschuldung beim Zuhälter. Sie bilden die vulnerable Gruppe
172 der potenziellen von Menschenhändlern und ihren kriminellen Netzwerken
173 verschleppten und unter Ausübung von physischer oder psychischer Gewalt oder
174 mindestens Ausnutzen ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Zwangslage
175 ausgebeuteten Zwangsprostituierten. Dies führt zur Schlussfolgerung, dass
176 migrantische Prostituierte von der Gesetzgebung besonders geschützt und auf
177 anderen Wegen in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden müssen, anstatt
178 auf Argumenten zu beharren, die die angeblich freiwillige Arbeitsplatzwahl im
179 prekären Prostitutionsgewerbe zur Grundlage haben.

180 In der Prostitution laufen die Ebenen Rassismus, Klassismus, Armut und Misogynie
181 zugespitzt aufeinander zu. Durch ökonomische Zwänge werden und bleiben Frauen an
182 die Tätigkeit der Prostitution gebunden. Auch andere Zwänge des
183 kapitalistischen, patriarchalen Systems, darunter die Ausübung oder Fortsetzung

184 von Gewalt durch Zuhälter, werden in der Prostitutionsbranche systematisch
185 reproduziert. Die Erweiterung der marxistisch-feministischen Analyse durch das
186 Konzept der Intersektionalität muss hierbei das spezifische Zusammenspiel von
187 Sexismus, Kapitalismus, Klassismus und Rassismus im Kontext der Prostitution
188 herausarbeiten, um neoliberale Argumentationen pro "Sexarbeit" als
189 Rechtfertigung kapitalistischer Lohnarbeit zu entkräften.

190 Beispiel Sexualassistentenz – Gibt es "ein Recht auf Sex"?

191 **„Es gibt ein Recht auf die eigene Sexualität. Aber es gibt kein Recht, dass**
192 **einem jemand dafür zur Verfügung gestellt wird“** (Hushke Mau).

193 Das Beispiel der Sexualassistentenz verdeutlicht oben genannte Argumente einmal
194 mehr: Vor Kurzem konnte ein in Folge eines Arbeitsunfalls schwerbehinderter Mann
195 vor dem Sozialgericht Hannover die Übernahme der Kosten für eine
196 Sexualassistentin einklagen. Die Begründung des Gerichts: Sexuelle Bedürfnisse
197 zählen zu den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen. Die Erfüllung der
198 selbstbestimmten Sexualität sei daher die Voraussetzung für eine wirksame und
199 gleichberechtigte Teilhabe des Mannes an der Gesellschaft. Dieser Fall wirft die
200 Frage auf, inwiefern die Gemeinschaft dem Recht auf Sex von Männern Rechnung
201 tragen muss.

202 Ein Recht auf Sex setzt voraus, dass käuflicher Sex angeboten werden muss und
203 nimmt somit die Selbstbestimmung der Frauen über ihre eigene Sexualität, da es
204 eine Grundlage schafft, in der sich Menschen anderen Menschen zum Verkauf
205 anbieten müssen. Akzeptiert man gesellschaftlich die Notwendigkeit der Erfüllung
206 männlicher sexueller Bedürfnisse auch unter dem Vorbehalt, damit die weibliche
207 sexuelle Selbstbestimmung zu unterdrücken, so stützt man die gängigen
208 Werbeversprechen der allgegenwärtigen Sexindustrie zu tun, die suggerieren, dass
209 es Männern immer und überall möglich sein muss, sexuelle Lust erleben zu können.
210 Diesem Versprechen liegt die Annahme des Triebarguments zugrunde, laut dem
211 Männer einfach nur einem Trieb nachgehen, der natürlich besteht. Der Soziologe
212 Sven-Axel Månsson hat herausgefunden, dass der Anteil der Freier je nach Land
213 sehr stark variiert (Schweden: 13%, Japan: 70%). Freiertum ist also nichts
214 Natürliches, sondern kulturell bzw. sozial bedingt. Freier müssen für ihr
215 Handeln Verantwortung übernehmen und statt der vordergründigen Motive und
216 Wünsche müssen auch die Denkmuster beachtet werden, die dahinter stecken.

217 Fazit

218 Wir fassen zusammen: Erweckt die von bestimmten linken Gruppen vertretene
219 neoliberale Darstellung von Prostituierten als Individuen, die der Ausübung
220 normaler Lohnarbeit mit vorausgegangener freier Arbeitsplatzwahl nachgehen, den
221 Anschein von gelebter Selbstermächtigung, so müssen wir als Jungsozialist*innen
222 genau hierin die liberale Rechtfertigung des kapitalistischen Lohnsystems

223 erkennen und uns dagegen positionieren. Einzelfälle ersetzen keine politische
224 Analyse.

225 Die aktuelle Lage Deutschlands als "Bordell Europas" macht es unabdingbar, eine
226 konstruktive Diskussion über Prostitution zu führen. Auch und gerade im linken
227 Lager müssen politische Lösungen gefunden werden, die vor allem verbesserte
228 Bedingungen für Prostituierte schaffen. Prostitution ist der ökonomischen Form
229 nach ein kapitalistisches Ausbeutungsverhältnis. Den andauernden Gefährdungen
230 von Prostituierten wollte das Prostitutionsschutzgesetz von 2017 entgegenwirken,
231 allerdings birgt dieses eine Reihe neuer Probleme; dazu gehört vor allem die
232 Kriminalisierung der in der Prostitution Tätigen trotz Legalisierung
233 (genehmigten) Prostitutionsgewerbes. Auch werden personenbezogene und
234 gesundheitliche Daten über die Prostituierten behördlich erhoben und an die
235 Gewerbetreibenden weitergegeben, was erneut besonders die Prostituierten trifft
236 und gegenüber ihrem Arbeitgeber vulnerabel macht.

237 Wir glauben nicht, dass eine weitere Liberalisierung der Prostitutionsgesetze zu
238 verbesserten Bedingungen für Prostituierte führen, denn liberalisierte
239 Gesetzgebung hat eine normative Wirkung, schafft mehr Nachfrage, die mehr
240 Angebot benötigt, welches niemals von "selbstbestimmten Sexarbeiter*innen"
241 gefüllt werden kann. Wo ein Markt ist, wird er auch bedient. Das Stigma
242 bezüglich Prostituiertes muss sich verändern, jedoch darf ein Sexkauf nicht
243 gesellschaftlich normalisiert und befördert werden. Der Blick auf die Freier
244 darf in einer Betrachtung der Prostitution niemals fehlen.

245 Wenn Frauen gegen ihren Willen in die Prostitution gezwungen werden,
246 missbraucht, misshandelt und ermordet werden, dürfen wir nicht nur zugucken,
247 sondern müssen uns dafür einsetzen, dass jede Frau selbstbestimmt leben kann.

248 **„Ich bin nicht frei, solange eine einzige Frau unfrei ist“ - Audre Lorde**

249 Forderungen

- 250 • Es müssen Maßnahmen für einen erleichterten Ausstieg aus der Prostitution
251 geschaffen werden, darunter Ausstiegsprogramme und Hilfen zur physischen
252 und psychischen Rehabilitation
- 253 • Prostituierte gänzlich entkriminalisieren und entstigmatisieren. Ihre
254 eigene Ausbeutung darf niemals zur Bestrafung von Prostituierten führen
- 255 • Legalisierung bedeutet nicht Entkriminalisierung - keine Sondergesetze für
256 Prostituierte
- 257 • Bei zukünftigen Gesetzgebungen sollten Freier und Zuhälter in den Blick

258 genommen werden & sichergestellt werden, dass nicht die Prostituierten
259 bestraft werden

- 260 • Die Bekämpfung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ursachen der
261 Prostitution muss auf nationaler sowie auf EU-Ebene stattfinden, z.B.
262 durch Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von
263 Frauenarmut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung

264 **Quellen:**

265 - Die unterschiedliche Regelung der Prostitution in den EU-Mitgliedstaaten und
266 ihre grenzüberschreitenden Auswirkungen auf Frauenrechte, FEMM Ausschuss:
267 [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/695394/IPOL_STU\(2021\)695-394\(SUM01\)_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/695394/IPOL_STU(2021)695-394(SUM01)_DE.pdf)
268

269 - Entmenschlicht: Warum wir Prostitution abschaffen müssen, Hushke Mau (2022)

270 - Ukrainerinnen auf der Flucht: „Oft schon an Grenze von Zuhältern
271 angesprochen“, mdr.de: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/frauen-ukraine-krieg-flucht-gewalt-prostitution-leihmuetter-100.html>
272
273

274 - Kontroversen um Prostitution : Eine aktuelle Debatte, Paul Oehlke (2018)
275 https://www.genderopen.de/bitstream/handle/25595/1325/FW-18-3-Oehlke_Kontroversen.pdf?sequence=1&isAllowed=y
276

277 - Gesundheit: Von Lust und Frust der Freier, Der Tagesspiegel:
278 <https://www.tagesspiegel.de/gesundheit/von-lust-und-frust-der-freier-1312009.html>
279

280 - Romantiker oder Chauvinisten, Süddeutsche Zeitung:
281 <https://www.sueddeutsche.de/wissen/prostitution-romantiker-oder-chauvinisten-1.910893>
282

A13 Polizeigewalt unabhängig aufklären

Antragsteller*in: AK Antifa, Jusos Ehrenfeld
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Unverhältnismäßige Gewalt auf Demonstrationen, Racial Profiling und
2 Diskriminierung (Dazu gab es bereits im Januar 2022 auf der HP der NRW Jusos
3 einen umfassenden Blogbeitrag zu Rassismus in der Polizei NRW) – ein Einzelfall“
4 reiht sich nach dem nächsten ein, beinahe täglich tauchen Nachrichten zu
5 Gewalttaten, fragwürdigen Chatverläufen und Diskriminierungsvorwürfen gegen die
6 Polizei auf. Vor Gericht stehen Polizist*innen dagegen sehr selten – Statistiken
7 zeigen, dass z.B. 2020 nur 70 von insgesamt 4565 Ermittlungsverfahren vor
8 Gericht landeten (ca. 1,5%!!), Angaben zu Verurteilungen gab es keine. Dabei
9 handelt es sich hier nur um Straftaten, die zur Anzeige gebracht werden.
10 Ausgehend von verschiedenen Faktoren ist zu vermuten, dass die Dunkelziffer der
11 unverhältnismäßigen Gewalt deutlich höher ist (Gegenanzeigen, Unwissenheit über
12 Rechtslage, fehlendes Vertrauen in Aufklärung, vor allem in marginalisierten
13 Gruppen).

14 Die unzureichende Aufklärung und Verurteilung von Straftaten impliziert, dass es
15 sich um ein strukturelles Problem handelt, hierarchische und institutionelle
16 Beziehungen innerhalb der Polizei erschweren zusätzlich die Ermittlung. Das
17 Fehlen von unabhängigen Untersuchungsmechanismen in Deutschland wird seit Jahren
18 von internationalen Menschenrechtsausschüssen kritisiert (UN, Amnesty
19 International).

20 **Wir fordern unabhängige Aufklärung von Polizeigewalt durch ein unabhängiges**
21 **Gremium, mit keinerlei institutioneller und hierarchischer Beziehung zwischen**
22 **Täter*innen und Untersuchungskomitee. Außerdem soll mehr Transparenz geschaffen**
23 **werden, wie viele Straftaten seitens der Polizei zur**
24 **Anzeige/Gericht/Verurteilung gebracht werden, in vielen Bundesländern u.a. in**
25 **NRW sind diese mangelhaft.**

Begründung

Es ist ein Menschenrecht, dass Vorwürfe von Polizeigewalt unabhängig und umfassend aufgeklärt werden und entsprechend sanktioniert und bestraft. Für Betroffene und Angehörige soll es eine Anlaufstelle geben, gerade Personen, die von struktureller Diskriminierung betroffen sind sehen von einer Strafanzeige oftmals ab, da das Vertrauen in Aufklärung nicht gegeben ist. Tatsächlich wird nur ein Bruchteil angezeigter Straftaten gegen Polizist*innen wegen Körperverletzung tatsächlich vor Gericht gebracht. Ein unabhängiges Gremium würde sicherstellen, dass das Vertrauen in Polizeibeamt*innen bestehen bleibt und würde auch diejenigen schützen, die gute Arbeit leisten und sich im Amt rechtmäßig und gewissenhaft verhalten.

Quellen:

[Bürger*innen beobachten Polizei und Justiz - Blog](#)

[Gewalt durch und gegen Polizistinnen und Polizisten |Innere Sicherheit | bpb.de](#)

[Polizei im Visier](#)

[Ermittlungsverfahren gegen Polizisten bis 2020 | Statista](#)

A14 Wenn die EU Frank Thelen deine intimsten Daten für sein nächstes StartUp geben will - Datenschutz im EU Data Act verankern!

Antragsteller*in: Jusos Ehrenfeld
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Antragstext

1 Der EU Data Act soll europäischen Marktteilnehmenden einen besseren Zugang zu
2 Daten ermöglichen und somit die Datenwirtschaft ankurbeln, neue Geschäftsmodelle
3 befördern und für Innovationen in allen Lebensbereichen sorgen.

4 Jedoch ist der aktuelle Entwurf an einigen Stellen kritisch zu betrachten. Wir
5 fordern, dass im EU Data Act nicht nur definiert wird, wie Daten gehandelt
6 werden dürfen, es bedarf auch einer klaren und eindeutigen Regulierung für
7 personenbezogene Daten und ein generelles Marktverbot für Daten, die laut DSGVO
8 besonders schützenswert sind. Ebenso sollten die im Data Act festgeschriebenen
9 Freiheiten für öffentliche Stellen zur Nutzung personenbezogener Daten kritisch
10 betrachtet und präzisiert werden, sodass ein Missbrauch dieser Freiheiten
11 verhindert wird.

Begründung

Der Data Act bildet grundsätzlich einen weiteren wichtigen Baustein für die Digitale Souveränität Europas, mit dem auch Rechte für Verbraucher*innen gestärkt werden sollen. So soll bspw. ein Recht auf Reparatur eingeführt werden, um den Aftermarket zu regulieren, sowie Lock-in-Effekte, wie sie unter anderem von marktbeherrschenden Anbietern bekannt sind, abgebaut und stattdessen die Interoperabilität von Daten gefördert werden.

Schon heute ist allerdings absehbar, dass die Einführung dieser Rechte mit einem hohen Preis zu zahlen sind, wenn es nach den Gesetzesschreiber*innen der EU geht.

Der höchste Preis wird dabei wohl der unvermeidbare Missbrauch der hoch sensibelsten Daten, wie Gesundheitsdaten oder biometrischen Daten, sein. Deswegen wird ein Marktverbot besonders schützenswerter Daten somit zwingend benötigt, genauso wie eine Nutzung und Vermarktung personenbezogener Daten auf Basis einer "freiwillig erzwungenen Einwilligung" verboten werden sollte. Beispiele für solch eine Einwilligung sind die bekannten und verhassten Cookie-Banner oder die erzwungene

A14 Wenn die EU Frank Thelen deine intimsten Daten für sein nächstes StartUp geben will - Datenschutz im EU Data Act verankern!

Übermittlung von Bonitätsauskünften bei Anfragen zur Wohnraummiete.

Mit dem Data Act werden bestehende offene Fragen im Datenschutz nicht gelöst, wie eigentlich von der EU-Kommission vorgesehen, und die Rechtsunsicherheit für Unternehmen sowie auch für Verbraucher*innen weiter verschärft.

Wenn Daten zur Handelsware werden, so sind das Recht auf Privatsphäre, Datenschutz und das Konzept der Menschenwürde schnell ausgehöhlt. Das gilt es zu verhindern.

A15 Den Kölner Nordwesten vernetzen - Die Verkehrswende mit Leben füllen

Antragsteller*in: Jusos Ehrenfeld & Jusos Chorweiler
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Antragstext

1 **Die ÖPNV-Konnektivität im Kölner Nordwesten soll in Form eines Ausbaus der KVB-**
2 **Linie 5 von Ossendorf über die Stadtteile Pesch, Auweiler und Esch bis nach**
3 **Chorweiler verbessert werden.**

4 **Damit können neben einer direkten Verbindung zwischen Ehrenfeld und Chorweiler**
5 **rund 15.000 Einwohner*innen in den genannten Stadtteilen an das Stadtbahnnetz**
6 **angeschlossen werden.**

Begründung

Während der Stadtbezirk Ehrenfeld mit den Linien 3, 4, 5 und 13 sehr gut mit der Innenstadt verbunden ist, steht es um die Anbindung des Stadtbezirks Chorweiler ungleich schlechter bestellt. Zwar führen die S-Bahnen S6 und S11 - wenn sie denn fahren - durch den Stadtbezirk und schließen ihn an Hauptbahnhof und in Richtung des Landeshauptdorfes an, der Weg nach Ehrenfeld oder zur Uni nach Lindenthal führt jedoch über Umwege und Umstiege. Auch mit Blick auf die Stadtbahn sieht es nicht besser aus: Nach Chorweiler führt lediglich die Linie 15, die bei Verspätung regelmäßig den Halt in Chorweiler streicht, um die Verspätung aufzuholen. Mit der ausgebauten Linie 5 erhielte Chorweiler eine weitere Option Richtung Innenstadt, insbesondere auch eine direkte Option in den Kölner Westen.

Daneben verfügen die Chorweiler Stadtteile Esch, Pesch und Auweiler, in denen rund 15.000 Einwohner*innen leben, derzeit über keinerlei Einbindung das Stadtbahnsystem. Mit der geforderten Trasse zwischen Ehrenfeld und Chorweiler ließen sich diese Stadtteile in beide Richtungen anschließen und die dortigen Baggerseen als Naherholungsgebiete besser erreichen.

A16 Musikalische Vielfalt auf den Straßen einer musikalisch vielfältigen Stadt.

Antragsteller*in: Jusus Kalk
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos fordern die Aufhebung des Lautsprecherverbots in der Straßenmusik
2 Kölns.

Begründung

Die Musikszene Kölns ist vielfältig und innovativ. Ob für den Karneval, die Cologne-Jazzweek oder Musik der Jahrhunderte: wer weiß wo, kann in Köln immer dem Klang unserer Zeit nachspüren.

Dabei ist es für Musiker*innen wie für die Stadtgesellschaft von wechselseitigem Interesse, auch im öffentlichen Raum Musik zu machen und zu erleben: Für die Musiker*innen bietet Straßenmusik die Möglichkeit neues Publikum zu erschließen, dabei geben Sie den Bewohnern eine niederschwellige Möglichkeit in Kontakt mit ihrer Musik zu kommen, wie auch die Stadt selbst durch die Musik belebt wird und Charakter entfaltet.

Die bisherigen Verordnungen der Stadt Köln zu Straßenmusik schließen aber das Musizieren mit einem Verstärker aus. Dadurch wird ein heute sehr bedeutender Teil musikalischer Vielfalt auf den Straßen Kölns verunmöglicht. Heute ist nicht mehr nur die populäre Musik wegen der Verwendung von elektronischen Instrumenten auf Verstärker angewiesen. Auch im Jazz und der klassischen Avantgarde gehören elektronisch verstärkte Klänge zum Standardrepertoire.

Elektronische Verstärkung kann in seiner Lautstärke wie jedes akustische Instrument geregelt werden. Ein elektronisch verstärkter Bass kann also weniger aufdringlich sein als ein analog gespieltes Saxophon. Somit wird in Sachen Lärmbelegung durch ein Verstärkerverbot nichts gewonnen.

Gleichzeitig aber verliert die Stadt ihre Vielfalt von Musik und Musiker*innen im öffentlichen Raum.

Die Jusos Köln verstehen Köln als Vielfalt-liebende und offene Stadt, die in sich ebenso Karnevalsmusik, Jazz,

A16 Musikalische Vielfalt auf den Straßen einer musikalisch vielfältigen Stadt.

Pop und Rock, populäre Musik jeglicher Richtungen bis hin zu bedeutenden Werken der Avantgarde hervorgebracht hat. Um diese Vielfalt auch in der Straßenmusik zu fördern, fordern wir die Aufhebung von Verstärkerverboten im öffentlichen Raum.

A17 Drug-Checking-Angebot für Köln schaffen!

Antragsteller*in: Jusos Kalk
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der Köln SPD

Antragstext

1 Die Stadt Köln prüft die Möglichkeit eines mobilen oder stationären Drug-
2 Checking-Angebotes in Köln und leitet gegebenenfalls Maßnahmen ein, um ein
3 solches Pilotprojekt zunächst an einem zentralen Ort in Köln (beispielsweise
4 Gesundheitsamt Neumarkt) umzusetzen.
5 Dazu setzt sich die Köln SPD mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür
6 ein, dass auf Bundesebene Rechtssicherheit für Drug-Checking-Angebote geschaffen
7 werden. Dies bedeutet beispielsweise die Streichung des §10a Absatz 4 des BtmG.

Begründung

Die Strafandrohungen durch Betäubungsmittelgesetz (BtmG), Neue psychoaktive Substanzen Gesetz (NpSG) und Arzneimittelgesetz (AMG) verbieten Drogengebraucher*innen den Umgang mit einer Vielzahl psychoaktiver Substanzen. Gerade aufgrund der riesigen Profite, die der Drogenschwarzmarkt beschert, werden aber eine Unmenge an Substanzen illegal produziert und gehandelt. Deren Produktion und Handel unterliegt keiner Qualitätskontrolle wie in der pharmazeutischen Produktion. Illegal produzierte und gehandelte Produkte werden in stark schwankender Qualität und Dosierung vertrieben und sind oft verunreinigt, werden gestreckt oder ihnen werden andere psychotrope Stoffe beigemischt.

Auch, wenn darüber derzeit noch keine zahlenmäßige Einschätzung möglich ist, ist davon auszugehen, dass ein Teil schwerwiegender psychischer Notfälle, Unfälle und Todesfälle vermieden werden könnte, wenn die Gebraucher*innen über mehr Informationen bezüglich der Produktqualität verfügten. In Deutschland haben die Gebraucher*innen illegalisierter Substanzen bislang in aller Regel keine Möglichkeit, diese vor der Einnahme auf Reinheit und Gehalt zu prüfen und zudem qualifizierte Information zu erlangen, die ihnen eine bewusste Risikoentscheidung ermöglichen.

Drug-Checking setzt sich zwingend aus zwei Komponenten zusammen: Die chemische Analyse von Proben psychoaktiver Substanzen, um diese auf Gehalt und Reinheit zu untersuchen. Sowie die fachlich basierte, mit einer Risikoeinschätzung verbundene Rückmeldung des Testergebnisses an die Substanzgebraucher*innen, in dem neben dem Resultat der chemischen Substanzanalyse auch Informationen zu Konsumrisiken und

A17 Drug-Checking-Angebot für Köln schaffen!

Safer-Use-Regeln für die entsprechende Substanz vermittelt werden. Auf diese Weise stellt Drug-Checking einen wichtigen Baustein eines ausdifferenzierten Suchthilfesystems und einer moderner Drogenpolitik in vielen Ländern der EU dar.

Drug-Checking führt keinesfalls zu einem vermehrten Konsum von Substanzen sondern richtet sich gezielt beispielsweise an Party- und Freizeitdrogengebraucher*innen, die Substanzen mit teils extremen Wirkstoffschwankungen konsumieren oder Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen, die durch die bisherigen Suchthilfeangebote nicht erreicht werden können.

Das Suchthilfeangebot in Köln würde ein Drug-Checking-Angebot um eine weitere niederschwellige Hilfe ergänzt werden. Vorstellbar wäre die beispielsweise als stationäres Angebot zusätzlich zum Drogenkonsumraum oder als mobiles Angebot an den Orten der Kölner Party-Szene.

Zusätzlich müssen auf Bundesebene die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Dies bedeutet unter anderem die Streichung des §10a Absatz 4 des BtmG, der aktuell eine Substanzanalyse in Drogenkonsumräumen verbietet.

A18 Bibliothek der Dinge

Antragsteller*in: Jusos Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Unter dem Stichwort „Bibliothek der Dinge“ verleiht die Stadtbibliothek Köln
2 neben
3 Büchern und Medien auch Gegenstände, zum Beispiel Musikinstrumente, Spiele,
4 Nähmaschinen, Experimentierkästen oder Navigationsgeräte. Wir fordern eine
5 umfangreiche Erweiterung dieses Angebots um weitere Gebrauchsgegenstände, wie
6 zum Beispiel Werkzeug, Küchengeräte, Tandems, Lastenräder, Inlineskates,
7 Schlittschuhe, SUP-Boards, Reisekoffer und Elektronikzubehör. Dieses Angebot
8 kann in allen Stadtteilbibliotheken zur Verfügung gestellt werden sowie zentral
9 in
10 einem ausreichend großem Gebäude organisiert werden. Der erhöhte Aufwand für
11 die Instandhaltung und Verwaltung soll bei der Personalausstattung
12 berücksichtigt
13 werden.

Begründung

Ausleihen statt Kaufen: Ein Akkuschauber beim Umzug, ein Waffeleisen für die Geburtstagsfeier, ein Spielzeug für das Kind oder ein Koffer für den Urlaub – viele Gebrauchsgegenstände werden für einzelne Anlässe benötigt und stehen den Rest der Zeit im Schrank. Eine Ausweitung der „Bibliothek der Dinge“ der Stadtbibliothek Köln setzt einen Anreiz gegen Überkonsum und für eine nachhaltige Nutzung von Gebrauchsgegenständen, und macht diese allen Kölner*innen, aber besonders auch Personen mit geringem Einkommen leichter zugänglich.

A19 Mit der 18 Richtung Istanbul

Antragsteller*in: Jusos Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Bundeskongress der Jusos, SPD-Bundesparteitag

Antragstext

1 Ein Baustein im Kampf gegen die Klimakrise ist für uns Jusos, den Bahnverkehr in
2 der EU so attraktiv und die Buchung von Verbindungen so niederschwellig wie
3 möglich zu gestalten. Anders als „Zug um Zug“ es suggeriert, ist eine
4 unkomplizierte
5 Zugreise von Barcelona nach Stockholm über Paris, Köln-Nippes und Kopenhagen
6 nicht ohne größeren organisatorischen Aufwand möglich.
7 Deshalb fordern wir eine zentrale, nicht kommerzielle Webseite für EU-weite
8 Zugreisen im Auftrag der EU. Diese soll unter Einbindung der nationalen
9 Schienenpersonennah- und Fernverkehre den Nutzer*innen Reiserouten durch
10 Europa vorschlagen, welche dort ohne Preisaufschlag anschließend gebucht und
11 bezahlt werden können. Dies ermöglicht unkompliziertes Reisen, ohne sich mit
12 zahlreichen Homepages nationaler Anbieter, Sprachbarrieren, oder
13 Zahlungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Währungsgebieten auseinandersetzen
14 zu müssen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A20 Wer sucht, der findet, wenn man es sich leisten kann

Antragsteller*in: Jusos Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Bundeskongress der Jusos, SPD-Bundesparteitag

Antragstext

1 In deutschen Städten herrscht Wohnungsnot. Einige versuchen, dieses Problem
2 aktiv zu
3 bekämpfen, andere haben sich dazu entschieden, aus der Mangellage Profit zu
4 schlagen. Zu Letzteren gehören digitale Immobilienplattformen wie ImmoScout24
5 und co. Dort ist es den Nutzer*innen möglich, Wohnungen zu suchen und zu
6 vermieten. Neben der kostenfreien Nutzung für Wohnungssuchende, ist hier z.B.
7 auch eine zweimonatige Mitgliedschaft für 29,99€ pro Monat, eine sechsmonatige
8 Mitgliedschaft für 19,99€ pro Monat oder eine zwölfmonatige Mitgliedschaft für
9 12,99€ pro Monat möglich. So landen „deine Anfragen an Anbieter:innen immer oben
10 in ihrem ImmoScout24 Postfach“, kannst du „eine Vielzahl von Inseraten vor
11 anderen Suchenden [...] kontaktieren“ und alle wichtigen Dokumente für die
12 Vermieter*innen direkt hochladen. Dies sind Vorteile in der Wohnungssuche, die
13 so essenziell sind, dass das Finden einer Wohnung ohne eine kostenpflichtige
14 Mitgliedschaft geradezu unmöglich wird. Exemplarisch dafür ist, dass viele
15 Anzeigen nach einigen Minuten offline genommen werden, weil, unzählige Personen
16 in kürzester Zeit die Vermieter*innen kontaktieren. In einem Großteil der Fälle
17 ist es nicht möglich, solche Anzeigen mit der kostenlosen Version erfolgreich zu
18 kontaktieren, weil die zahlenden Nutzer*innen auf die Annonce früher reagieren
19 können oder nicht zahlende Nutzer*innen im Postfach so weit unten sind, dass sie
20 nicht berücksichtigt werden. Kostenpflichtige Mitgliedschaften werden so zur
21 Norm. Ein Privileg, das sich nicht alle Menschen leisten können und besonders in
22 Zeiten fehlenden bezahlbaren Wohnraums eine massive Diskriminierung
23 finanzschwacher Haushalte darstellt.

24 Deshalb fordern wir ein Verbot kostenpflichtiger Vorteile für Wohnungssuchende
25 auf
26 Immobilienplattformen.

27 So soll die Chancengleichheit für Wohnungssuchende wiederhergestellt und
28 Profitbestrebungen auf Kosten der Allgemeinheit entgegengewirkt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A21 Kostenloser digitaler Kirchenaustritt

Antragsteller*in: Jusos Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Im Jahr 2022 gab es so viele Kirchenaustritte wie noch nie zuvor. Das ist ein
2 klares
3 Statement gegen die Kirchensteuer. Um diesem Trend entgegenzukommen, fordern
4 wir einen vereinfachten digitalen Kirchenaustritt, ohne jegliche anfallende
5 Gebühren.
6 Der Preis – und dass geben selbst Gemeindevertreter offen zu – soll die Kirche
7 vor
8 Austritten und damit verbundene Geldeinbußen schützen. Um unsere freiheitlich
9 demokratischen Strukturen zu wahren, gilt es diese Gebühren abzuschaffen!
10 Doch nicht nur aus finanziellen Gründen treten immer mehr Menschen aus der
11 Kirche aus. Die Missbrauchsfälle und der Umgang der Kirche damit sowie der
12 schwindende Bezug zum christlichen Glauben tragen ebenfalls zum
13 Austrittsgedanken bei.
14 Die Bundesrepublik Deutschland hängt in puncto Digitalisierung immer noch weit
15 hinterher. Um den großen Berg an Bürokratie schrittweise zu digitalisieren, muss
16 auch
17 im Bereich des Kirchenaustritts aufgeholt werden. Nicht nur zur Entlastung der
18 Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für Beamt*innen, die in wie so vielen
19 Bereichen unter den bürokratischen Herausforderungen ihren Aufgaben nicht
20 gerecht werden können.
21 Deshalb fordern wir Jusos einen unbürokratischen, digitalen und kostenlosen
22 Kirchenaustritt, der einen Schritt Richtung Zukunft ermöglicht. Ein
23 Kirchenaustritt
24 erfolgt aus einer freien, eigenen Entscheidung heraus, welcher nicht auf Kosten
25 der
26 Bürgerinnen und Bürger getragen werden sollte.

Begründung

Bislang muss ein Kirchenaustritt persönlich am zuständigen Amtsgericht erklärt werden. Damit einhergehend ist ein hoher bürokratischer Aufwand, lange Wartezeiten sowie das Anfallen einer Gebühr in Höhe von 30€. Laut Angaben der zuständigen Behörden kann die Gebühr aus sozialen Gründen erlassen werden. Das Amtsgericht in Köln gewährt jedoch in der Regel keinen Erlass.

Die Öffnungszeiten der zuständigen Abteilung des Amtsgerichts Köln und die fehlende Option, eine bevollmächtigte Person den Kirchenaustritt vollziehen zu lassen, erschweren diesen Prozess zusätzlich.

Nach dem Onlinezugangsgesetztes aus dem Jahr 2017 sind Länder und Kommunen verpflichtet, nach dem 31. Dezember 2022 mehrere Hundert Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten.